

An das Stadtparlament

Winterthur

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend Gedenken und Erinnerung an die Opfer fürsorgender Zwangsmassnahmen vor 1981, eingereicht von Stadtparlamentarier B. Oeschger (GLP)

Am 1. Dezember 2025 reichte der Stadtparlamentarier Benedikt Oeschger (GLP) folgende Schriftliche Anfrage ein:

«Im Zuge der Aufarbeitung der ehemaligen fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung in der Schweiz sieht das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) von 2017 in Artikel 16 die Errichtung von sogenannten Zeichen der Erinnerung durch die Kantone vor. Der Kanton Zürich setzt diesen Auftrag seit 2024 mit den Zürcher Gemeinden um [1]. Solche Zeichen der Erinnerung wie zum Beispiel Gedenktafeln sind wichtig für eine nachhaltige Aufarbeitungspolitik. Die Stadt Winterthur hat sich mit dem Neujahrsblatt (2018) «Zusammen alleine. Alltag in Winterthurer Kinder- und Jugendheimen 1950 – 1990» mit der eigenen Geschichte zu den Heimplatzierungen und der Heimerziehung auseinandergesetzt, die eng mit der Aufarbeitung der Verdingung und der administrativen Zwangsverwahrung verbunden ist. [2].

Das Thema Fürsorge und Zwang ist aktuell. Das zeigt die aktuelle Publikation über die gehandhabte Fremdplatzierungspraxis in den Jahren 1900 – 1939 in Winterthur [3]. Von Aktualität zeugt auch der Jahresbericht 2024 der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Winterthur-Andelfingen, der sich speziell diesem Thema widmet [4] oder die im Stadtparlament gestellten Fragen zur zivilrechtlichen Unterbringung von Minderjährigen [5] oder zur Unterstützung von Careleaver:innen [6]. Daraus ergibt sich folgende Frage:

1) Besteht seitens des Stadtrates die Bereitschaft zur Teilnahme am Projekt «Zeichen der Erinnerung», das vom Kanton Zürich und dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich getragen wird?

[1] Zeichen der Erinnerung. 2025. Staatsarchiv Zürich. Abgerufen am 24. November 2025 von <https://zeichen-der-erinnerung-zuerich.ch/>

[2] Bombach Clara, Gabriel Thomas, Keller Samuel, Staiger Marx Alessandra. 2018. «Zusammen alleine. Alltag in Winterthurer Kinder- und Jugendheimen 1950 – 1990». Neujahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur 354; Stadtbibliothek Winterthur, Chronos Verlag.

[3] Sassnik Spohn, Frauke. 2025. «Im Kampf gegen die Feinde des Kindeswohls». Chronos Verlag

[4] KESB Winterthur-Andelfingen. 2025. Jahresbericht 2024. Fürsorge und Zwang.

[5] Aktuelle Praxis der KESB Winterthur-Andelfingen. Protokoll 9. / 10. Parlamentssitzung, Parlament Winterthur 2025 / 2026. S. 32 - 33

[6] Holderegger Nicole et al. 2025. Interpellation betreffend Information von Careleaver und Careleaverinnen über städtische und regionale Unterstützungsangebote. Parl-Nr. 2025.11»

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Zur Frage 1:

«1) Besteht seitens des Stadtrates die Bereitschaft zur Teilnahme am Projekt «Zeichen der Erinnerung», das vom Kanton Zürich und dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich getragen wird?»

Ja, der Stadtrat möchte ein bewusstes Zeichen der Erinnerung setzen und damit zur historischen Auseinandersetzung mit der Rolle der politischen Behörden bei fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen beitragen. Der Erinnerungspunkt soll an betroffene Personen und beteiligte Einrichtungen erinnern und das durch staatliches Handeln erlittene Unrecht anerkennen.

Erste Vorkehrungen zur Anbringung eines Erinnerungspunktes (Plakette aus Aluminium) am Gebäude der Stadtverwaltung Winterthur an der Pionierstrasse 5/7 (Superblock) sind bereits erfolgt. Der Stadtrat beabsichtigt, mit dem auf der Plakette angebrachten kurzen Text und Link (QR-Code) die Öffentlichkeit auf die verschiedenen, bereits erfolgten, städtischen Aufarbeitungen zum Thema Fürsorgerischer Zwang und Fremdplatzierung aufmerksam zu machen und so an die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen erinnern.

Neben dem Gedenken ist auch die Sensibilisierung auf das Thema in der aktuellen und künftigen Arbeit im Spannungsfeld von «Zwang und Fürsorge» von grosser Bedeutung. Zusätzlich zu dem in der Anfrage erwähnten Schwerpunkt des Jahresberichtes der KESB Winterthur-Andelfingen verweisen wir auf die Fachveranstaltung mit Podiumsdiskussion zum Thema «Fürsorge und Zwang», zu dem der Bereich Soziale Dienste des Departements Soziales im April 2025 eingeladen hat.¹

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon

¹ Referent war unter anderem Prof. Dr. Alexander Grob, der Präsident der Leitungsgruppe des Nationalen Forschungsprogramms «Fürsorge und Zwang» (NFP 76) des Schweizerischen Nationalfonds.